

## 9) Staatliche Zuschussförderung an Qualitätskriterien binden

				
<p>Die CDU Hessen wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, eine Reihe von Leistungen in hoheitlich vertretbarem Ausmaß extern zu vergeben. Wenn es die Art der Aufgabe erlaubt, sollen auch Ingenieure oder Architekten die Möglichkeit haben, sich an diesen Vergaben zu beteiligen. Wie die Ausschreibung konkret erfolgt, ist von Art und Umfang des Projekts abhängig. Je nach Beschaffenheit dieser Kriterien sollte auch weiterhin projektbezogen entschieden werden, wer sinnvollerweise am Wettbewerb zu beteiligen ist.</p>	<p>Im Wohnbauförderungsgesetz wollen wir verstärkt qualitative soziale und ökologische Kriterien – nicht zuletzt mit Blick auf die Lebenszykluskosten – wie intelligente Sanierung und Förderung erneuerbarer Energien verankern. Alternative Wohnkonzepte wie „Wohnen für Hilfe“ oder Mehrgenerationenhäuser wollen wir stärker fördern. Mit den steigenden Standards steigen die Anforderungen an die Bauherren. Das setzt eine vorausschauende Planung voraus. Faire Vergabeverfahren müssen sichern, dass Aufträge fachmännisch ausgeführt werden. An der Spitze der Projekte brauchen wir ein funktionierende Planungs- und Baumanagement.</p>	<p>Aufträge für das Planen und Bauen müssen in einem wettbewerblichen Verfahren vergeben werden. Neben Preis- und Kostenfragen ist für uns selbstverständlich auch die Qualität ein entscheidendes Vergabemerkmal. Eine fundierte Bedarfsanalyse zu Beginn ist maßgeblich für den Erfolg des gesamten Projektes. Richtig ist auch, dass sich Planungsfehler gravierend auf die Lebenszykluskosten auswirken können und deshalb bei der Bedarfs- und Grundlagenermittlung und der anschließenden Planung ein hohes Maß an Sorgfalt notwendig ist.</p>	<p>Städtebauliche Wettbewerbe sind eine gute und hilfreiche Methode, die wir auch weiterhin unterstützen. Eine verpflichtende Verordnung sehen wir dabei nicht als sinnvoll an, da gerade für kleinere Städte und Gemeinden hier die Verhältnismäßigkeit für diese oft großangelegten Wettbewerbssituationen nicht gegeben ist.</p> <p>Über die Hessische Baulandoffensive werden aktuell Machbarkeitsstudien entwickelt, die insbesondere die Flächenplanung für Innenverdichtung und neue Wohngebiete beinhalten. Damit ist ein erster wichtiger Baustein gelegt, den wir weiter entwickeln wollen.</p> <p>Politische Entscheidungen für Bauprojekte sollten nach unserer Auffassung nicht verknüpft werden mit planerischer Projektbearbeitung.</p>	<p>Wohin Bauen nach vorrangig ökonomischen Kriterien führt, sieht man in Stadtvierteln der vertanen Chancen, wie dem Frankfurter Europaviertel. Die Qualität und der Nutzen einer Planung für die Allgemeinheit sollen auf jeden Fall Vorrang erhalten - bei gleichzeitig größtmöglicher Transparenz. Städtebauliche Wettbewerbe können hierfür eine Möglichkeit sein. Damit Zeit- und Kostenpläne eingehalten und die notwendigen Funktionen des Bauvorhabens auch erreicht werden, ist von Beginn an eine realistische Gesamtplanung und Projektsteuerung notwendig, die sich am Bedarf und einer realistischen Chancen- und Risikobewertung orientieren, nicht politisch opportunen Größen.</p> <p>Selbstverständlich ist dazu ein Wandel in der Vergabekultur notwendig.</p>